

BERND FLORATH

## Verpaßte Möglichkeiten? DDR-Historiker in den sechziger Jahren

Zunächst ist es notwendig, (auch sich selbst) Rechenschaft zu geben über die heutigen lebenswirklichen Interessen, aus denen heraus der Blick zurück gerichtet wird. Die streitbare Rezension Alexander Fischers zum Band »Nach dem Erdbeben« endete mit der wohl kaum zu bezweifelnden Feststellung, daß »die inzwischen offenbar als unstrittig empfundene, notwendige Selbsterneuerung der ostdeutschen Geschichtswissenschaft in den Jahren 1989/90 eben nicht stattgefunden hat«.<sup>1</sup> Polemik gegen Unstrittiges scheint unnötig, dennoch polemisierte Fischer. Doch er tat dies nicht zur Bekräftigung der Notwendigkeit der Erneuerung der ostdeutschen Geschichtswissenschaft, sondern um den Umstand der Kritik zu entziehen, daß diese Erneuerung von westdeutschen Historikern (ohne großes I) vollzogen wurde. Seine Polemik unterstellt indes, daß Kritik an letztgenanntem Umstand nur von erneuerungsunfähigen oder -unwilligen ostdeutschen Historikern geäußert worden sei bzw. auf »Vorurteile(n) von amerikanischer Seite« beruhe. Sie übersieht, daß Kritik an dieser Einseitigkeit gleichfalls von den sich (lediglich) »zur Denunziation« eignenden<sup>2</sup> Historikern aus der DDR vorgebracht wurde, die selbst die Forderung nach grundsätzlicher Erneuerung 1989/90 vorgebracht hatten.<sup>3</sup> Fischer polemisierte mit einer Unwirschheit, die sich wahrscheinlich erklärt aus der Vermischung zweier Interessen an der Übernahme ostdeutscher Ordinariate durch westdeutsche Historiker: dem an der (Re-)Konstruktion der Geschichtswissenschaft in Ostdeutschland und dem an der Versorgung stellungsuchender Kollegen des Westens im Osten. Nach der Legitimität des einen wie des anderen Interesses soll hier nicht weiter gefragt werden. Interessant daran ist für meine Betrachtungen die unaufgelöste Vermengung zweier Aspekte, die aus methodisch zu unterscheidenden Kontexten stammen: einem lebenswirklich sozialen und politischen einerseits und einem wissenschaftsinternen und -organisatorischen.

Die Diskussion um die DDR-Geschichtswissenschaft leidet an einer ganz ähnlichen Doppelgesichtigkeit, die zudem belastet ist durch die je verschiedenen moralischen Qualifizierungen jener Wirklichkeit der Erneuerung der Geschichtswissenschaft in Ostdeutschland, deren Interessenmelange bei Fischer so schön undurchsichtig blieb:

Einerseits steht hier die Frage nach der Qualität von Geschichtswissenschaft in der DDR, andererseits die nach der Qualität der Historiker, d.h. ihres Verhaltens als Bürger eines Gemeinwesens

Bernd Florath – Jg. 1954, 1975-81 Studium der Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, davon 1977-78 drei Semester zur »Bewährung in der Produktion« wegen zu eigenwilliger Bemerkungen zur Biermann-Ausbürgerung, dennoch 1986-90 SED-Mitglied bis zum Scheitern des Versuchs, diese aufzulösen; 1991-93 einer der Sprecher des NEUEN FORUM; Promotion 1987 über Karl August Wittfogel, Veröffentlichungen zur Theorieentwicklung in der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg. In UTOPIE kreativ: Rückantworten der »Hauptverwaltung Ewige Wahrheiten«. Wolfgang Harich ohne Schwierigkeiten mit der Wahrheit (1994, Heft 47/48, S. 58-73).

## 1 Alexander Fischer:

Rezension zu: Konrad H. Jarauschi/ Matthias Middell (Hrsg.): Nach dem Erdbeben. (Re-)Konstruktion ost-deutscher Geschichte und Geschichtswissenschaft, in: Historische Zeitschrift, 261 (1995), S. 656.

## 2 So eine gewisse Felicitas Walka (Halle):

Wer schreibt DDR-Geschichte?, in: Neues Deutschland, 18. 3. 1994; wieder abgedruckt in: Wer schreibt DDR-Geschichte? Ein Historikerstreit um Stellen, Strukturen, Finanzen und Deutungskompetenzen. Tagung der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg vom 18.–20. 3. 1994 in Zusammenarbeit mit dem Unabhängigen Historiker-Verband im Adam-von-Trotthaus in Berlin-Wannsee, hrsg. v. Rainer Eckert, Ilko-Sascha Kowalczyk u. Ulrike Poppe, Berlin 1995 (Nachlese, 9/94), S. 133.

3 Vgl. u. a. Erklärung zur Umgestaltung des Instituts für Geschichtswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin (21. Dezember 1990); Erklärung zur Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Berlin zur Abwicklung von Fachbereichen der Humboldt-Universität zu Berlin (18. Juni 1991), in: Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes, Berlin 1994, S. 39–41.

4 Bismarck. Urpeuße und Reichsgründer, Berlin 1985; derselbe: Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1989.

5 Deutschland im ersten Weltkrieg, 3 Bde., Berlin 1968.

namens DDR und drittens nach dem Verhältnis dieses Verhaltens zur Qualität ihrer professionellen Arbeit. Um also Geschichtswissenschaft der DDR zu untersuchen, sind zumindest diese drei Fragestellungen abzuklopfen, will man vermeiden, in einer unauf lösbaren Dichotomie zu verharren. Darin wird entweder der Ruf einer untergegangenen Landschaft zu retten getrachtet, indem auf jene unzweifelhaft vorhandenen Leistungen verwiesen wird, die hier nur mit den immer wieder zitierten Werken Ernst Engelbergs,<sup>4</sup> Fritz Kleins,<sup>5</sup> Hartmut Zwahr<sup>6</sup> u. a. markiert sein sollen.<sup>7</sup> Oder es wird der Wert derselben Wissenschaft geleugnet, indem auf die mangelnde bürgerliche Qualität der Subjekte der Geschichtswissenschaft verwiesen wird, sei es, daß sie das Ohr des Geheimdienstes als Denunzianten bedienten, Kollegen politisch denunzierten oder selbst maßregelten, sei es, daß sie den Herrschenden bereitwillig jede Legitimationsideologie lieferten, selbst auf Kosten der Regeln der Wissenschaftlichkeit ihrer Arbeit.

Auch methodische Innovation scheint als Bewertungskriterium der DDR-Geschichtswissenschaft nicht zu greifen, insofern es wohl ohnehin keine nationale Geschichtswissenschaft gibt, die sich gänzlich durch unausgesetzte methodische Innovation bzw. deren vollkommene Abwesenheit auszeichnet. Vielmehr finden sich in unterschiedlichem Maße Innovationen neben konservativer Fortschreibung herkömmlicher Methoden, was, insofern Historiographie immer auch die Masse deskriptiver Aufbereitung von Quellenmaterial heischt, gleichermaßen das Futter bereitet, von dem sich Innovation nicht zuletzt nährt. Der 1990/91 auf die abzuwickelnde DDR-Akademie gerichtete evaluatorische Blick, der bohrend nach auffälligen innovatorischen Ansätzen fragte, schien mitunter eine Normalität von permanenter methodischer Umwälzung zu suggerieren, vor der die Akademie der Wissenschaften zu bestehen hätte. Indes sind sie und ihre Institute nicht aufgelöst worden, weil sie diesem hohen Maßstab nicht genügten, sondern doch eher umgekehrt: Sie wurden – weil als unpassend in der westdeutsche Wissenschaftslandschaft – liquidiert, und die Evaluatoren hatten allenfalls die Aufgabe, aus den abzureißenden Gebäuden noch all jenes zu bergen, was im eigenen, tatsächlich moderneren Gebäude fehlte, paßte oder als sinnvolle Ergänzung und/oder Verbesserung erschien. Die Normativität der Evaluierung war selbst eine doppelte, wie es den Beteiligten z.T. indes erst angesichts des Resultats in aller Deutlichkeit bewußt wurde: Einerseits maß sie die DDR-Wissenschaft an einem außerordentlich anspruchsvollen Maße, an dem sich wohl die konzeptiven Kollegen des Evaluatorenteams maßen und messen lassen konnten, dem aber wohl kaum der Schnitt, der Normalzustand der westdeutschen Zunft entsprechen dürfte.<sup>8</sup> Andererseits hing das Resultat gerade nicht von dieser höchst revolutionär gedachten Messung ab (ich vernachlässige hier die letztlich alles unwiderruflich in Grenzen haltende Strapazierung des Budgets, das seinerzeit ohne jegliche steuerliche Aufstockung sämtliche Anschlußfolgekosten zu decken in der Lage sein sollte), sondern von wissenschaftspolitischen Strukturvorstellungen verantwortlicher Politiker, die nur in den Kategorien des wissenschaftlichen Normalalltags zu denken fähig waren,

Innovation, qualitative Sprünge (deren Notwendigkeit für das westdeutsche Wissenschaftssystem seinerzeit als offenkundig angesehen wurde) gar nicht antizipieren konnten. Dies würde Politik in ihrem Realzustand, d.h. außerhalb politikwissenschaftlicher Seminare, auch überfordern.

Wendet man nun den Blick auf die DDR-Geschichtswissenschaft zurück, ohne gleichermaßen die Abrißbirne mitzudenken, und fragt nach deren Wert wie nach dem ihrer Protagonisten, so scheint der Vergleich mit anderen (darunter der westdeutschen) Geschichtswissenschaften eher in dem Sinne sinnvoll, als Normalitäten verglichen werden, ohne zugleich eine von ihnen als Maß zu unterstellen. Das Maß des Vergleichs zu generieren, bleibt eher eine zu lösende Aufgabe, der sich in dieser vagen Annäherung zu widmen wäre. Wenn im folgenden von DDR-Geschichtswissenschaft die Rede ist, so vor allem im Sinne einer idealtypischen Konstruktion, d.h. einer Historiographie, die sich an den ideologischen Grundsätzen des Marxismus-Leninismus orientiert, womit Griewank und Winkelmann zu ihrer Erleichterung aus der Betrachtung entlassen wären.

Bei der Rückschau auf die sechziger Jahre muß als Ausgangsbedingung unterstellt werden, daß die DDR-Geschichtswissenschaft neben einigen bereits vor 1945 ausgebildeten Historikern, die aus der politischen Linken kamen und nach 1945 deren Gründungsväter darstellten (Karl Bittel, Ernst Engelberg, Jürgen Kuczynski, Walter Markov, Alfred Meusel, Karl Obermann, Leo Stern, der zu meist vergessene Joseph Winternitz u. a.), durch eine Generation repräsentiert wurde, die nach 1945 ihre wissenschaftliche Laufbahn begann und sich selbst die Etablierung einer neuartigen, mit der Tradition deutscher akademischer Historiographie brechenden Wissenschaft zur Aufgabe gemacht hatte.<sup>9</sup> Abstrahiert man von diesem vollzogenen Bruch – auf die Bedeutung dieser Abstraktion muß allerdings zurückgekommen werden – und nimmt das Gewordene als Teil einer gedachten einheitlichen Geschichtswissenschaft in Deutschland, dann ergänzen diese Versuche bisherige Forschungslinien um eine Betrachtung, die in den Mittelpunkt der politischen Geschichte nicht mehr den Staat, sondern die politische Bewegung der nicht herrschenden sozialen Schichten, Bewegungen und Parteien stellt. Dieser Aspekt zwingt die Historiker, Geschichte gegen den Strich zu bürsten, unterstellt ein anderes nationales Selbstverständnis, indem sie den Erfolg einer staatlich sanktionierten Politik nicht mehr ohne weiteres als dem nationalen Interesse entsprechend, sondern entgegengesetzt gerade bestimmte Akte staatlicher Politik in Deutschland als den Interessen der Nation entgegengesetzt oder, wie es der zeitgenössische Jargon formulierte, als antinationale Politik ansieht. Interessanterweise wurde so die Identifizierung von nationalem Interesse und Staat zwar grundsätzlicher Kritik unterzogen, gleichwohl blieb nationales Interesse eine als objektivierbar angesehene Kategorie, nur daß es nunmehr an die jeweiligen Interessen der Unterschichten (wenigstens im Postulat des Marxismus-Leninismus) bzw. an die jeweiligen Sonderinteressen der – sich als den Unterschichten zugerechneten politischen Avantgarde ansehenden – politischen

6 Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, Berlin 1978.

7 Warum erwähnt eigentlich niemand Karl Griewank (Der neuzeitliche Revolutionsbegriff. Entstehung und Wirkung, Weimar 1955) oder Friedhelm Winkelmann (Byzantinische Rang- und Ämterstruktur im 8. und 9. Jahrhundert. Faktoren und Tendenzen ihrer Entwicklung, Berlin 1985 [Berliner Byzantinistische Arbeiten; 53])? Was bei Winkelmann scheinbar noch durch die Randstellung des Themas motivierbar wäre, wirkt im Falle Griewanks unvermeidbar bereits die Frage danach auf, was eigentlich DDR-Geschichtswissenschaft sei: Eine Frage, die an die sinnreiche wie hochkomplizierte Unterscheidung zwischen russischen und sowjetischen Schriftstellern erinnert. Eine Frage, auf die bislang nur Ilko-Sascha Kowalczuk hinwies, obwohl die von ihm skizzierte Antwort mir zu kurz zu greifen scheint. – Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk: Die Durchsetzung des Marxismus-Leninismus in der Geschichtswissenschaft der DDR (1945–1961), in: Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR, hrsg. v. Martin Sabrow und Peter Th. Walther, Leipzig 1995 (Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung; 13), S. 37f.

8 Daß die Mehrheit der praktizierenden Historiker der metawissenschaftlichen Reflexion der eigenen Arbeit bestenfalls mit rezeptiver

Aufmerksamkeit für die hierüber geführten Debatten gegenübersteht, ist einer der harten Fakten, deren sich die an dieser Debatte Beteiligten längst bewußt sind. – Vgl. Jerzy Topolski: *Methodology of History*, Warszawa/Dordrecht/Boston 1976, S. 1.

9 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: »Wo gehobelt wird, da fallen Späne«. Zur Entwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft bis in die späten fünfziger Jahre, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 42 (1994) 4, S. 302–318.

10 Vgl. Celina Bobinska: *Historiker und historische Wahrheit. Zu erkenntnistheoretischen Problemen der Geschichtswissenschaft*, Berlin 1967, S. 7ff., Zitat S. 14.

Parteien gebunden wurde. Methodisch war dieser Aspektwechsel keineswegs so innovativ, wie es den Beteiligten schien, insofern er nur die Partei, die das nationale Interesse definierte, auswechselte. Allenfalls in seiner Konsequenz, d.h. durch die mittelbar von ihm aufgeworfenen Fragen, hatte er die Potenz, methodische Innovation herauszufordern.

Die methodischen Konsequenzen einer Geschichtsbetrachtung (die aparte Kulturwerte zum Ausgangspunkt nimmt) für den Umgang mit dem Rohstoff blieben weitgehend uneingelöst, obzwar indirekt heftig um sie gestritten wurde. Die Debatte über Parteilichkeit und Objektivität der fünfziger Jahre verwarf gerade jenen Weberschen Ansatz der Wertfreiheit (im Sinne der Wahlfreiheit der Werte und nicht, wie mißverständlich häufig unterstellt wurde, im Sinne einer imaginären Abwesenheit von Werten) als irrationalistisch, der als Voraussetzung hätte dienen können für die Herstellung der Diskursivität von Forschungsergebnissen unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Ausgangsaspekte. In ihrem Buch »Historiker und historische Wahrheit« versuchte Celina Bobinska 1964 dieses Problem an der Problematik des historischen Faktus in sozialhistorischen Untersuchungen zu erörtern. Eingehend unterstrich sie die Vielfalt der Aspekte in der Betrachtung ein und desselben historischen Vorgangs, ironisierte, so deutlich dies in einem Buch, dessen deutschsprachige Ausgabe im Ostberliner Dietz Verlag erschien, möglich war, die Fragwürdigkeit so beliebter eindeutiger Wertkategorien des Marxismus-Leninismus wie der »Fortschrittlichkeit« oder »Nichtfortschrittlichkeit« von Produktivkräften.<sup>10</sup> Ihre theoretischen Überlegungen fanden indes kaum Niederschlag in konkreten Studien.

Insofern nämlich die Historiker in der DDR es als ihre vornehmliche Aufgabe ansahen, das überlieferte Geschichtsbild einer grundsätzlichen Revision im Sinne des Aspektwechsels zu unterziehen, reichte es hin, methodisch weitestgehend konservativ zu arbeiten. So vollzog sich der wesentliche Streit mit den Vertretern der herkömmlichen historischen Zunft Deutschlands im wesentlichen auf der Ebene dieser Aspektgebundenheit und -gegensätzlichkeit, blieb mithin politische Auseinandersetzung um Kulturwerte – wobei dieser Streit mit einer Unversöhnlichkeit ausgetragen wurde, die die Tatsache mit sich brachte, daß die jeweiligen Aspekte nicht als Aspekte einer Geschichte betrachtet wurden, die Differenz der Resultate der Forschungen also auch nicht als Ergebnisse jeweils verschiedener ihnen zu Grunde liegender Kulturwerte, sondern der jeweilige Aspekt als objektiv und exklusiv gültiger angesehen wurde. Demzufolge konnten auch nur die Resultate der Forschung, die unter dem gleichen Aspekt angestellt wurde, als historische Wahrheit akzeptiert werden; alle anderen galten als Klitterung, bestenfalls als Irrtum. Besonders auf DDR-Seite unterlag dem Vorgehen die Auffassung, historische Erkenntnis sei Widerspiegelung objektiver Realität, mithin eine, d.h. genau eine wahre Reflexion möglich. Aussagen von Historikern konnten nur wahr oder falsch im Sinne mathematischer Aussagenlogik sein. Dialektik – im Sinne des universalen Zusammenhangs aller Phänomene, ihrer gegenseitigen Abhängigkeit, mithin nur wechselseitig, relativ

bestimmbaren Wertigkeit – spielte in der Praxis der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft scheinbar paradoxerweise gar keine Rolle.

Selbst bei äußerster Skepsis kritischer Denker unterlag ihr Vorgehen einem Verfahren, das in der Tendenz die Herstellung eines umfassenden, objektiv wahren Bildes der Vergangenheit möglich erscheinen ließ. Bertolt Brecht schrieb in seinem »Lob des Zweifels« von dem Menschen, der den endlich gefundenen Lehrsatz »eines Tages in das Merkbuch des Wissens ein[schrieb]« und später, »mag es geschehn, daß ein Argwohn entsteht, denn neue Erfahrung/ Bringt den Satz in Verdacht. Der Zweifel erhebt sich./ Und eines anderen Tages streicht ein Mensch im Merkbuch des Wissens/ Bedächtig den Satz durch.«<sup>11</sup> Erkenntnisfortschritt ist geprägt durch die Vorstellung genaueren, tieferen Durchdringens einmal gegebenen, passiven Materials, der quantitativen Mehrung des Wissens, kaum als Entwicklung der Methoden der Wissensgewinnung. Vorbild des Erkenntnisvorganges bleibt die klassische Physik, auf die im Notfall immer wieder zurückgegriffen wird.<sup>12</sup> Pikanterweise wird gerade von den Vertretern einer Ideologie, die sowohl politische Verantwortung des Wissenschaftlers als auch politische Wirksamkeit seiner Arbeitsergebnisse zur Achse des Selbstverständnisses machen, Erkenntnis selbst nicht als Interaktion zwischen Betrachter und Betrachtetem, sondern als bloße Beobachtung eines unbeweglichen und unveränderbaren Objektes gedacht. Diese mechanistische Vorstellung wissenschaftlicher Erkenntnis im dialektischen und historischen Materialismus erfüllte immerhin den der Geschichtswissenschaft gestellten Zweck, das politische und historische Selbstverständnis der in der DDR Agierenden zu untermauern: historische Legitimation der SED aus der Geschichte als einer Geschichte des nicht nur moralisch berechtigten Kampfes der Unterschichten um politische und menschliche Emanzipation, sondern auch aus der Geschichte jener politischen Partei, die sich als einzig berechtigten, weil erfolgreichen Vorkämpfer dieses Emanzipationskampfes ansah; die SED (zumindest für deutsche Verhältnisse) als Träger des historischen Fortschritts, wobei objektive Logik des historischen Prozesses und politische Programmatik der Partei in eins fielen. Alternativen hatten in einer solchen Konzeption freilich keinen Platz, es sei denn als besonders hinterhältige Versuche des alles verneinenden Geistes, den Sieg des objektiv Notwendigen zu verhindern oder zu verzögern. Diese Absolutheit des Wahrheitsanspruches nicht schlechthin eines verschobenen Wissenschaftlers oder – und die Bezeichnung wäre wohl treffender – Messias verengte zwangsläufig den Raum des wissenschaftlichen Diskurses, stellte die Abweichung unter politischen Verdacht, der allenfalls gemildert werden konnte durch die Möglichkeit des individuellen Irrtums. Wo sich das Individuum in seinem Irrtum verfestigt, gar diesen Irrtum überindividuell zu verfechten sucht, schwindet die Verzeihlichkeit des subjektiven Fehlverhaltens, entartet es zu einem Politikum, dem zuletzt politisch oder polizeilich beizukommen ist.

Um die Vielfältigkeit der für dieses Vorgehen maßgeblichen Motivationen ebenso wie die Unmöglichkeit, sie aus einer bestimmten

11 Bertolt Brecht: Lob des Zweifels, in: Derselbe: Von der Freundlichkeit der Welt. Gedichte, hrsg. v. Hubert Witt, Leipzig 1970, S. 115f.

12 Vgl. Ernst Engelberg: Betrachtungen über Gegenstand und Ziel der Geschichtswissenschaft, in: Derselbe: Theorie, Empirie und Methode in der Geschichtswissenschaft. Gesammelte Aufsätze, hrsg. v. Wolfgang Küttler u. Gustav Seeber, Vaduz 1980, S. 7 (Hervorhebung – B. F.): »So entscheidend wichtig die hier von Marx angedeutete Dialektik von objektiven gesellschaftlichen Gesetzen und den subjektiven Triebkräften ihrer Verwirklichung auch ist, so haben wir den ersten Teil der Marxschen Aussage allseitig zu überdenken und uns zu Herzen zu nehmen, um einen allenthalben vernachlässigten Forschungskomplex systematisch in Angriff zu nehmen und eine diesem Komplex entsprechende spezielle Methodik, die tatsächlich ›naturwissenschaftlich treu‹ zu konstatieren vermag, ausarbeiten zu können.« (Darin Zitat: Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Berlin 1958–68, [im folgenden: MEW], Bd. 13, S. 9.)



13 Der »konzeptive Ideologie« ist eine Charaktermaske aus Marxens »Deutscher Ideologie« und meint Intelligenzler, »welche die Ausbildung der Illusion dieser [herrschenden] Klasse über sich selbst zu ihrem Hauptnahrungszweige machen« (MEW, 3, 46). Marx hatte sicherlich dabei auch wirkliche Personen vor Augen, vorstellbar wären Gentz oder Savigny und – vor allem: Hegel, wobei letzterer sowohl als preußischer Staatsphilosoph konzeptiver Ideologe ist, indes auch dank dialektischer Methode ein subversives Element in den geistigen Prozeß einführt, das zugleich staats-erhaltend wie staatsersetzend wirkt.

14 Berlin 1966.

15 Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge), 12 Bde., Berlin 1959–69.

16 Deutschland im ersten Weltkrieg, 3 Bde., Berlin 1968.

17 Vgl. Martin Sabrow: Der »ehrliche Meinungsstreit« und die Grenzen der Kritik. Mechanismen der Diskurskontrolle in der Geschichtswissenschaft der DDR, in: Die Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie, hrsg. v. Gustavo Corni und Martin Sabrow, Leipzig 1996, S. 79–117; vgl. auch derselbe: Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Fall Günter Paulus, in: Berliner Debatte. Initial, 1995, 51–67.

Vita heraus in Frage zu stellen anzudeuten, eine Episode: Ein nicht unmaßgeblicher Vertreter der DDR-Geschichtswissenschaft erzählte mir weiland geradezu verzweifelt verständnisheischend die Praxis eines derartigen Vorganges. Er habe bei einem Kollegen falsche (weil »unmarxistische«) Ausführungen in einem Artikel in der »Einheit« bemängelt. Der Kollege, er war zu der Zeit wohl an der Leipziger oder Hallenser Universität beschäftigt, wurde daraufhin disziplinarisch gemäßigelt, was der Erzähler selbst damals nicht wußte, nicht beabsichtigte und wohl auch nicht veranlaßt hätte. Aber da die Auffassungen falsch waren, mußte, so erklärte er mir, dies auch im Interesse des wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts öffentlich denunziert werden. Einige Jahre später – der Gemäßigelte hatte sich anscheinend wieder rehabilitiert – traf er diesen auf einer Tagung, wollte ihn begrüßen, doch der weigerte sich, ihm auch nur die Hand zu geben. Er konnte dies nicht verstehen, konnte keinerlei Verfehlung seinerseits sehen und bat mich, dem er selbst gerade einige Monate zuvor zur politischen Bewährung außerhalb der Universität verholten hatte, zu helfen, ihm dieses ihm völlig unbegreifliche Verhalten zu erklären. Doch wie hätte ihm Ende der siebziger Jahre verdeutlicht werden können, daß sein eigenes Identisch-Setzen von Wissenschaft und Politik ihm den Weg zu einer anderen Wertung des Vorgangs verschloß, ohne seine (ihm durch Gestapo-Folter in der Prinz-Albrecht-Straße erhärteten) politischen Grundüberzeugungen ins Wanken zu bringen?

Die Legitimationsideologie, die zu schaffen Beruf der Historiker der DDR als konzeptiver Ideologen<sup>13</sup> der SED war, drückte sich in vielfältiger Form aus. Vorzeigbar scheinen mir noch immer die achtbändige Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,<sup>14</sup> die Minol-Reihe,<sup>15</sup> die Geschichte des ersten Weltkrieges<sup>16</sup> zu sein, insofern sie tatsächlich – unter dem Aspekt, daß die objektive Logik der deutschen Geschichte gewissermaßen ein Telos hat, das Walter Ulbricht heißt – das überlieferte Material ordnend interpretierte und ein entsprechendes Bild (re-)konstruierte. Die daran arbeitenden Historiker taten im wesentlichen nichts anderes als andere Historiker auch, wie diese wählten auch sie aus dem Material aus, was ihnen unter ihrem Aspekt relevant erschien, nur daß der Diskurs, der dieser Relevanz resp. der Irrelevanz ausgesparten Materials, ausgespart Probleme erst hätte intersubjektive und aspektübergreifende Geltung verschaffen können, unterbunden blieb. Insofern ist das von Martin Sabrow rekonstruierte Abenteuer Fritz Kleins Mitte der sechziger Jahre, einen Diskurs mit westdeutschen Kollegen zu (re-)etablieren, ebenso wie die verhindernde Skepsis Ernst Engelbergs<sup>17</sup> mehr als nur ein Problem der unterschiedlichen Einschätzungen der politischen Verhältnisse. Es ist ein zweifelsohne nicht als solcher reflektierter Versuch wissenschaftlicher Fundierung der eigenen Arbeit, ergo ein Problem nicht allein der politischen Geschichte der Historiker der DDR, sondern auch der Wissenschaftsgeschichte.

Mit den Ulbrichtschen Reformversuchen der sechziger Jahre wurden an die Wissenschaft weitergehende Forderungen gestellt, als die bloße kritische Hinterfragung des überlieferten Weltbildes und die Entwicklung eines der Politik der SED entsprechenden.

Insbesondere natürlich von den Natur- und Sozialwissenschaften wurde operationalisierbares Wissen gefordert; Wissenschaft galt als unmittelbare Produktivkraft,<sup>18</sup> sollte nicht allein produktive Prozesse im unmittelbaren Sinne rationalisieren, sondern auch Organisation, Verwaltung, Leitung und selbst Politik. Direkte Folge war die Etablierung von – vormalig als bürgerliche Scheinwissenschaften verfehmten – Disziplinen und Methoden wie Soziologie, Kybernetik, Demographie. Soziologische und kybernetische Methoden standen mehr und mehr im Mittelpunkt auch theoretisch-methodologischer Erörterungen in den Sozial- und Geisteswissenschaften. Die Geschichtswissenschaft als Teil der als Gesamtheit verstandenen Gesellschaftswissenschaft suchte einerseits ihren Standort innerhalb der mehr und mehr nach Systematisierung rufenden Diskussion, andererseits nach den eigenen Fragestellungen, die über die Legitimation, historisches Selbstverständnis und -bewußtsein produzierende Kontemplation hinausreichten. Die im Kontext des Marxismus-Leninismus ohnehin gestellte Frage nach Gesetzmäßigkeiten rückte ausdrücklich in den Vordergrund. Bislang waren es eher die den konkreten historischen Abläufen unterstellten allgemeinen gesellschaftlichen Gesetze vor allem ökonomischer Natur sowie die zur Gesetzmäßigkeit stilisierte Stufenfolge der Gesellschaftsformationen, wie sie – noch immer gültig, wenn auch nicht mehr fraglos hingenommen – von Stalin in dem ihm zugeschriebenen Abschnitt über dialektischen und historischen Materialismus des »Kurzen Lehrgangs« formuliert worden war.<sup>19</sup> (Es sei an dieser Stelle nur an die Revolution der Sklaven und Kolonen erinnert, um auf den gleichermaßen abstrakten wie deduktiven Charakter dieses Schemas hinzuweisen.) In einem viel diskutierten Versuch näherer Bestimmung wies Peter Bollhagen der Geschichte den Charakter der »allgemeinsten nichtsystematischen Einzelwissenschaft von der Gesellschaft« zu.<sup>20</sup> Dies leuchtete insofern ein, als diese Bestimmung dem individuellen Charakter des konkret-historischen Verlaufs entgegenkam.

Bollhagens Vorstoß ließ indes ein Manko sichtbar werden, was in den folgenden Jahre dazu führte, daß innerhalb der DDR-Geschichtswissenschaft Forschungen zur Methodologie und Theorie der eigenen Wissenschaft an Gewicht gewannen und sich auch institutionell in eigenen Forschungsgruppen verselbständigten.<sup>21</sup> Ausschlaggebend für diesen Vorstoß dürfte nicht zuletzt gewesen sein, daß die methodologische Genügsamkeit, mit der sich DDR-Historiker auf die allgemeintheoretischen und -methodologischen Vorgaben der Philosophen verließen, in dem Augenblick fragil wurde, in dem jene in der Philosophie wieder mehr zu sehen begannen als die unausschöpfliche Vertiefung und Ausgestaltung einer allgemeinsoziologischen Theorie des Marxismus-Leninismus, die in ihrer konzeptionellen Form indes längst festgeschrieben sei. Der kanonisierte Marxismus-Leninismus war die strukturelle Bedingung für einen Zustand, in dem kommunistische Kaderphilosophie<sup>22</sup> sich zur Theologie erhob, der gegenüber alle anderen Wissenschaften zu Mägden degradiert wurden, in der Philosophie – wie 1956 Robert Havemann, eine Formulierung Wolfgang Harichs nutzend, meinte – als »Hauptverwaltung ›Ewige

18 Prägend für diese Überlegung waren die Überlegungen des Architekten Gerhard Kosel: Produktivkraft Wissenschaft, Berlin 1957; derselbe: Unternehmen Wissenschaft. Die Wiederentdeckung einer Idee. Erinnerungen, Berlin 1989.

19 Vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, Berlin 1946, S. 126–160.

20 Peter Bollhagen: Soziologie und Geschichte, Berlin 1966, S. 117ff.

21 Vgl. Ralf Possekel: Strategien im Umgang mit dem Dogma: Die geschichtstheoretische Diskussion in der DDR, in: Berliner Debatte. Initial, 1991, S. 170–178; Wolfgang Küttler: Das Historismus-Problem in der Geschichtswissenschaft der DDR, in: Historismus, hrsg. v. O. G. Oexle und Jörn Rüsen, Graz/Köln/Weimar 1996; derselbe: Geschichtstheorie und -methodologie in der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), 42 (1994), S. 8–20.

22 Vgl. Peter Ruben: Von den Chancen, Kaderphilosoph zu werden. Erläuterungen für Außenstehende, in: Innenansichten ostdeutscher Philosophen, hrsg. v.

Norbert Kapferer, Darmstadt 1994, S. 7–29.

23 Vgl. Robert Havemann: Rückantworten an die Hauptverwaltung »Ewige Wahrheiten« [Sonntag, 28. 10. 1956], in: Derselbe: Rückantworten an die Hauptverwaltung »Ewige Wahrheiten«, hrsg. v. Hartmut Jäckel, München 1971, S. 42; derselbe: Meinungsstreit fördert die Wissenschaften [Neues Deutschland, 8. Juli 1956], in: Ebenda, S. 16 f.; vgl. Bernd Florath: Rückantworten an die »Hauptverwaltung Ewige Wahrheiten«, Wolfgang Harich ohne Schwierigkeiten mit der Wahrheit, in: UTOPIE kreativ, 1994, 47/48, S. 59ff.; derselbe: Vom Zweifel zum Dissens, in: Die Entlassung. Robert Havemann und die Akademie der Wissenschaften 1965/66, hrsg. v. Silvia Müller und Bernd Florath, Berlin 1996 (Schriftenreihe des Robert-Havemann-Archivs; 1), S. 15ff.

24 Günter Katsch, Alfred Loesdau, Hans Schleier: Forschungen zur Geschichte der Geschichtsschreibung, -theorie und -methodologie, in: Historische Forschungen in der DDR 1960–1970. Analysen und Berichte (ZfG. Sonderband, 23[1970]), S. 34, Fn. 10.

25 Vgl. Friedrich Engels an Joseph Bloch, 21./22. 9. 1890, in: MEW, Bd. 37, S. 464.

Wahrheiten« fungierte, die die letzte Instanz des Urteils über Wahrheit und Unwahrheit in den Ergebnissen der Einzelwissenschaften war.<sup>23</sup> Es lag ein Hauch emanzipatorischen Bestrebens im Unbehagen der Historiker über die Tatsache, daß »Probleme ..., die die Diskussion geschichtstheoretischer und -methodologischer Fragen belebt haben«, von Philosophen aufgeworfen wurden.<sup>24</sup> Die Diskussion über (spezifisch) historische Gesetze entzog die Geschichtswissenschaft partiell dem Wächteramt der als Ideologen fungierenden Philosophen, die bislang die Zuständigkeit für verallgemeinernde Aussagen über die Logik gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse weitestgehend monopolisiert hatten. Die nach 1970 erfolgte Gründung einer eigenen Forschungsstelle für systematische Fragen der Geschichtswissenschaft war in gewisser Hinsicht auch ein Akt der Emanzipation der Historiker aus der Klammer der Fachleute des HistMat. Andererseits brachte diese Emanzipation von philosophischer Vormundschaft in konzeptionellen Fragen auch die souveräne Ignoranz zum Ausdruck, die praktizierende Historiker für gewöhnlich gegenüber metawissenschaftlichen Fragestellungen an den Tag legen. Die allgemeine weltanschauliche und politische Selbstdefinition war schlechthin leichter reproduzierbar in ideologischen Einleitungen und Vorworten zur Rolle und Bedeutung des Gegenstandes als der Nachvollzug eines anspruchsvollen methodologischen Diskurses.

Bollhagens Thesen hinterließen zugleich Unbehagen, insofern ein naturwissenschaftlich geprägter Gesetzesbegriff einerseits und die Abhängigkeit der Bestimmung der Wissenschaftlichkeit von der nomothetischen Arbeit des Wissenschaftlers dazu führten, daß Historiker fürchten mußten, gewissermaßen in die nichtsystematische Ecke am Rande der Wissenschaftlichkeit verbannt zu werden. Dies schmälerte den politischen Stellenwert der Geschichtswissenschaft in einer Atmosphäre, die Operationalisierbarkeit heischte. Gangbarer Ausweg aus dieser Enge war eine Fragestellung nach Strukturgeschichte, die methodisch darüber hinaus ging, von Philosophen, Ökonomen oder Soziologen konstatierte soziale Gesetze in der konkreten Geschichte wiederzufinden bzw., wie es zeitgenössisch hieß: »anzuwenden«. Was in der Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik mit der historischen Sozialwissenschaft im annähernd gleichen Zeitraum in Angriff genommen wurde, stellte für Historiker in der DDR die Diskussion nach strukturellen Eigenheiten der sozialökonomischen Formationen dar.

Im Grunde wurden Fragen aufgeworfen, die die traditionelle Geschichtswissenschaft ebenfalls in eine historische Sozialwissenschaft verwandeln konnten, Fragen nach spezifischen ökonomischen und sozialen Strukturen historischer Gesellschaften, der Überlagerung abstrakter ökonomischer und sozialer Systeme in jeweils konkreten Gemeinwesen, der Wirkungsweise notwendiger Zusammenhänge unabhängig von der Erkenntnis der konkreten agierenden Individuen. Die Frage nach den gesellschaftlichen Gesetzen in der Geschichte, ihrer Durchsetzung mittels des spontanen Handelns der Individuen, gleichermaßen als Resultate eines Kräfteparallelogramms, um eine – natürlich naturwissenschaftliche – Metapher von Friedrich Engels aufzugreifen,<sup>25</sup> hatte die Potenz,



die Geschichte zu einer wirklichen Sozialwissenschaft werden zu lassen – mit Implikationen für die Analyse der Wirklichkeit der DDR, deren Sprengkraft den Historikern zumindest die Stellung von Intellektuellen innerhalb der Intelligenzia zurückerobert hätte. Dies hätte jedoch zumindest erfordert, das sich eröffnende analytische Instrumentarium nicht allein in der Untersuchung altorientalischer, antiker oder feudaler Gemeinwesen in Bewegung zu setzen, sondern vor allem die Geschichte des eigenen Staates, des eigenen Systems auf den Seziertisch sozialhistorischer Analyse zu legen. Die Herausforderungen hierfür waren vorhanden, das Instrumentarium im Entstehen, selbst die Bedürfnisse von Politik, vor allem aber der Ökonomie sprachen in diese Richtung.

Die Überlegungen, die im Kontext der Wirtschaftsreformen des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖS) dazu angestellt wurden, warfen in dieser Richtung eine ganze Palette von Problemen auf, die sich unmittelbar an Historiker richteten. Insofern die Reformökonomie auf den treibenden Wettbewerb der sich über den (zweifelsohne regulierten) Markt realisierenden und ausgleichenden Interessen der einzelnen (volkseigenen) Betriebe und Vereinigungen von Betrieben abzielte, wurde zwangsläufig die Frage aufgeworfen, in welchem Verhältnis die Enteignung der Bourgeoisie unmittelbar nach 1945 zur Etablierung sozialistischer ökonomischer Verhältnisse stand. 1962 verwies Ota Sik nachdrücklich auf die wissenschaftliche (und praktische) Unzulänglichkeit bisheriger Definitionen des sozialistischen Eigentums, auf ihren tautologischen Charakter. Er hätte sich dabei immerhin unmittelbar auf das »Kommunistische Manifest« berufen können: »Wenn ... nach Erlaß der Nationalisierungsdekrete die Produktionsweise, die Verteilungs- und Austauschweise in der Gesellschaft nicht verändert würden, bliebe die Nationalisierung eine bloße rechtliche Erklärung ohne ökonomischen Inhalt, die bloße unrealisierte Willensäußerung der revolutionären Klasse.«<sup>26</sup> Die Brisanz der Fragestellung fällt ins Auge, denn wenn die Nationalisierung der Produktionsmittel nicht identisch mit der Herstellung sozialistischer Eigentumsverhältnisse war, so mußte zwangsläufig geklärt werden, welche Verhältnisse der »despotische Eingriff« der Nachkriegszeit etabliert hatte und welches die zu entwickelnden Formen waren, die tatsächlich neue Verhältnisse zu etablieren in der Lage gewesen wären. Sik wirft weiter die Frage partieller Interessen innerhalb der sozialistischen Ökonomie auf, die im NÖS als wirtschaftspolitische Steuerungsfrage wiederkehrt mit dem Impuls, die divergierenden Interessen materieller Natur als mobilisierendes Moment zu konzeptualisieren. Eine ganze Welle von wissenschaftstheoretischen Grundlagenforschungen werden initiiert, um Steuerungs- und Regelungsprozessen ihren Platz innerhalb der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften zuzuweisen. Die Antwort der DDR-Historiker bleibt verhalten. Sie verstehen sich nicht als Analytiker von Gesellschaft, sondern als Ingenieure der Seele, als Bewußtseinsproduzenten, verharren in der Rolle des Ideologen.

Dank einer sinnreichen Überlegung bleibt ihnen das Schicksal der tschechoslowakischen Intellektuellen von 1968, der Budapester

26 Ota Sik: Ökonomie – Interesse – Politik, Berlin 1966, S. 298–302. In dem von Otto Reinhold seinerzeit persönlich betreuten Buch beruft sich der tschechische Reformler indes nicht auf das »Manifest«, wohl aber auf analoge Aussagen von Lenin (Über »linke« Kinderreien und über Kleinbürgerlichkeit, in: Derselbe: Werke, Bd. 27, S. 326; derselbe: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: Ebenda, S. 231), die in der Substanz aber nichts anderes darstellen als die aus der Realität der in den nachrevolutionären Monaten in Sowjetrußland gewonnene praktische Wiederholung der Antizipationen des »Manifests« über den Gang der proletarischen Revolution: »Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren ... Es kann dies natürlich zunächst nur gesehnt vermittelt *despotischer Eingriffe* in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die *ökonomisch unzureichend und unhaltbar* erscheinen«. Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 481 (Hervorhebungen – B. F.).

27 Vgl. Jörg Roesler: Das Neue Ökonomische System – Dekorations- oder Paradigmenwechsel?, Berlin 1993 (heft zur ddr-geschichte; 3); Stefan Bollinger: Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg – SED zwischen NÖS und Prager Frühling, Berlin 1993 (hefte zur ddr-geschichte; 5); Detlef Eckert: Die Volkswirtschaft der DDR im Spannungsfeld der Reformen, in: Kahl-schlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin 1991, S. 20–31; Jochen Cerny: Versuch, ein Fazit zu ziehen, in: Ebenda, S. 159–168; Florath: Vom Zweifel, S. 37ff.

28 Georg Klaus, Hans Schulze: Sinn, Gesetz und Fortschritt in der Geschichte, Berlin 1967, S. 5.

29 Ebenda, S. 80f.

30 Ebenda, S. 228f.

Schule der Philosophie, der Charta 77 und der Solidarnosc-Historiker erspart. Mit der »zweiten Etappe des NÖS«, diesem Ergebnis der Kapitulation Ulbrichts vor den Doktrinären im Politbüro auf dem 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965, wurde der politischen Konsequenz der Wirtschaftsreform, der Demokratisierung der Gesellschaft, wie sie die Kommunisten der CSSR 1968 mutig einleiteten, vorbeugend die Garotte an den Hals gesetzt.<sup>27</sup>

Georg Klaus und Hans Schulze versuchten, die Historiker noch von der Produktivität jener analytischen Verfahren zu überzeugen, ihnen zu zeigen, »daß schon relativ elementare Einsichten der kybernetischen Modell- bzw. Systemtheorie ausreichen, um bestimmte methodologische Schwierigkeiten, die bis jetzt bestanden, zu beseitigen«. Die Antipathien der Historiker gegen diese Verfahren waren ihnen bekannt. Ihre Darlegungen füllten ein ganzes Buch, angeschrieben gegen die Behauptung, »die Benutzung der kybernetischen Denkweise brächte nichts anderes zuwege als das, was an sich schon völlig bekannt ist, mit Hilfe neuer Fachausdrücke wiederzugeben«. <sup>28</sup> Bezogen auf zeithistorische Untersuchungen entwickelten sie Analysemodelle von Handlungen, die auf gesellschaftliche Veränderungen abzielen. Die für Historiker relevanten Fragen, die sich aus den freilich abstrakten kybernetischen Modellen ergaben, zielten auf Handlungsmotive, »weshalb diese Motive entstanden sind, weshalb sich die betreffende Klasse bestimmte Ziele setzte und woher diese Ziele und nicht andere gekommen sind«. <sup>29</sup> In der Unterscheidung zwischen restaurativen und auf Zustandsveränderung abzielenden Handlungssystemen entwickeln sie Modelle, die die Demokratie als *conditio sine qua non* für letztere unterstreichen, festhalten, daß in diesen die Interessen der ausführend Handelnden Regelgröße für die Lenkung des Gesamtsystems seien, wogegen in restaurativen Systemen das Bestreben der Steuerung darauf abzielte, Störgrößen, die außerhalb des Stabilitätsbereiches zu drängen drohen, entgegenzuwirken. In letzteren sind die Interessen der ausführend Handelnden nicht selbst Regelgröße, sondern allenfalls zu beeinflussende Störgrößen. Nicht zuletzt weisen sie die Historiker auf das systemtheoretische Kriterium des höheren Informationsgehalts des Gesamtsystems und der Selbstregulierungsfähigkeit seiner Subsysteme als Entwicklungsindikator hin. <sup>30</sup>

Doch in der Realität hatte das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus mit seinem Kernstück, dem ökonomischen System des Sozialismus, die Eigenheit, daß sich hier soziale Gesetze nicht mehr wie bisher überall in der Geschichte spontan, durch Autoregulierung seiner Subsysteme, durchsetzen mußten. Der mühevollen Gang durch die chaotischen, sich durchkreuzenden Intentionen der handelnden Individuen blieb der »sozialistischen Menschengemeinschaft« erspart: Sie besaß eine Avantgardepartei, die SED, die die sozialen Gesetze durchschaute und ihnen entsprechend handelte. Die Übereinstimmung von Gesetz und Bewußtsein über den gesetzmäßigen Verlauf der Dinge, die die Historiker bei der Untersuchung des Sozialismus der analytischen Arbeit der Rekonstruktion sozialer Gesetze und wirklicher Interessen entthob, verwies sie logisch wieder auf die traditionelle, kontempla-

tive Arbeit zurück und verbannte methodische Neuerungen in die Gefilde der asiatischen Produktionsweise, der Antike und des Feudalismus. Für den Sozialismus blieb nurmehr, die Bewußtheit – als das Gleitmittel der sozialen Gesetze des Sozialismus – zu erhöhen, indem man sie in all ihrer Abstraktheit immer wieder und wieder ins Gehör der gleitenden »gebildeten Nation« brachte. Umgekehrt konnten so problematische Situationen auf den Mangel an Gesetzeskenntnis der handelnden Individuen als Störgröße zurückgeführt werden, waren sie mithin nie Mangel des Systems, sondern immer nur Mangel des Individuums. Diese Arbeit der Historiker in die von Klaus angebotenen Kategorien zu übersetzen, hätte freilich unübersehbar den Realsozialismus als Regime vom Typ des »Plutarch-Modells« restaurativer Systeme<sup>31</sup> identifizieren müssen. Insofern war es vollkommen konsequent, wenn Ernst Engelberg ein Vorstoß wie der von Klaus/Schulze »trotz vieler wertvoller Anregungen in seinem kybernetischen Grundanliegen nicht überzeugen« konnte. Er zog der methodologischen Herausforderung die Verfeinerung der praktizierten Methoden vor: »Nicht zuletzt sollte man sich davor hüten, einmal Propaganda zu machen für die Kybernetik mit Hilfe der Dialektik, statt für die Dialektik mit Hilfe kybernetischer Erkenntnisse, zum anderen die Vorstellung entstehen zu lassen, als ob die Kybernetik ein neues, höheres Entwicklungsstadium der materialistischen Dialektik wäre, nicht ihre wichtige Ergänzung und Bekräftigung, wie es weiland bei den Darwinischen Entdeckungen der Fall war.«<sup>32</sup>

Die entscheidenden Fragen der eigenen Reform blieben außerhalb der Erörterung. Was eine sozialistische Warenproduktion darstellte, wenn in ihr konkrete und abstrakte Arbeit nicht mehr auseinanderfielen, sondern jede konkrete Arbeit unmittelbar gesellschaftlichen Charakter trug,<sup>33</sup> mußte gerade Marxisten schleierhaft bleiben. Entweder trug konkrete Arbeit unmittelbar gesellschaftlichen Charakter, dann mußte sie diesen nicht erst auf dem Markt beweisen, mithin gar nicht erst Ware werden, sondern umstandslos ihren Weg als konkretes Produkt zum ebenso konkreten Konsumenten finden. Oder aber der Gewinn (ergo der Profit) eines Unternehmens war Ausdruck seiner gesellschaftlichen Bedeutung, wie die Erfinder des NÖS dachten, dann erweist sich der gesellschaftliche Charakter seiner Produktion erst über den Markt. Philipp Neumann, ein maoistischer Kritiker der DDR aus der Bundesrepublik brachte das Problem auf die sehr treffende Zuspitzung: Entweder Warenproduktion oder zentralistische Macht der Partei, entweder ökonomisches Wachstum mit dem unmittelbaren Ziel der Wohlfahrt oder Weltrevolution mit dem mittelbaren Ziel der Wohlfahrt danach. Beides zu wollen war theoretisch inkonsistent und praktisch undurchführbar.<sup>34</sup> Die Sorgen des radikalrevolutionären Kritikers blieben indes grundlos: Die SED wachte auch gegen den Sinn der selbst eingeleiteten Reformen über ihr Bewußtseins- und Erkenntnismonopol, kontrollierte den Warenaustausch letztlich wieder so scharf, daß nicht das Wertgesetz Aussagen machte über die gesellschaftliche Wahrheit der konkreten Arbeit, sondern die staatliche Plankommission resp. die Wirtschaftsabteilungen des ZK. Das ging so lange, bis der internationale Marktwert der DDR

31 Ebenda, S. 81f.; 229ff.

32 Ernst Engelberg: Über Gegenstand und Ziel der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, in: ZfG, 16(1968), S. 1139; 1139, Fn. 66; in überarbeiteter Fassung (»Betrachtungen über Gegenstand und Ziel der Geschichtswissenschaft«) wieder abgedruckt in: Ernst Engelberg: Theorie, Empirie und Methode in der Geschichtswissenschaft. Gesammelte Aufsätze, hrsg. v. Wolfgang Küttler u. Gustav Seeber, Vaduz 1980, S. 25.

33 So Eva Altmann: Warenproduktion – 1. Pol. Ök., in: Ökonomisches Lexikon, L–Z, Berlin 1967, S. 1071: »Die Arbeit ist unmittelbar gesellschaftliche Arbeit, es gibt daher keinen antagonistischen Widerspruch zwischen ihrer Ausführung als besondere Arbeit in einem speziellen Betrieb und ihrem Charakter als gesellschaftliche Arbeit.«

34 Vgl. Philipp Neumann: Der »Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation«. Zur Kritik der politischen Ökonomie des Sozialismus und ihrer Anwendung in der DDR, in: Kursbuch 23 (1977), S. 96ff. Ganz ähnlich klang auch die Kritik Che Guevaras an den marktwirtschaftlichen Reformversuchen in Osteuropa. Vgl. Ernesto Che Guevara: Über das hauswirtschaftsmäßige Finanzierungssystem, in: Derselbe: Ökonomie und neues Bewußtsein. Schriften zur politischen Ökonomie, hrsg. v. Horst Kurnitzky, Berlin 1969, S. 23–59; derselbe: Der Sozialismus und der Mensch auf Kuba, in: Ebenda, S. 137–156.

und ihr innerer Erhaltungswert auf Null gesunken waren.

Die Parallelität der methodischen Herausforderungen, vor denen zur gleichen Zeit Historiker in der Bundesrepublik standen, muß freilich die Frage aufwerfen, weshalb es erst 10 bis 15 Jahre später in dieser Hinsicht zu Ansätzen eines produktiven Austausches kam. Tatsächlich blieben die sozialhistorischen Überlegungen des Westens vorerst erstrangiges Ziel einer Ballung von teilweise gehässiger Polemik. Die Vorwürfe von östlicher Seite betrafen gerade die produktive Rezeption von Momenten Marxscher Methoden, die – so hätte man im Gegenteil vermuten können – von marxistisch-leninistischer Seite Beifall verdient hätten. Nichtsdestoweniger wurde den westdeutschen Sozialhistorikern vorgehalten, sie befänden sich im Nachtrab: weil sie sich nicht sofort an der Krone der marxistischen Schöpfung, der DDR-Geschichtswissenschaft orientierten, weil sie Marx adaptierten, wo es produktiv erschien, ergo eklektisch arbeiteten,<sup>35</sup> wo sie – was ist wohl das Gegenteil: dogmatisch? sektiererisch? – weltanschaulich konsistent hätten arbeiten sollen. Der Sinn der Polemik leuchtet heute kaum noch ein, wenn man die jeweiligen inneren Wirkungsbedingungen ignoriert. Für die ostdeutschen Historiker bestand die Notwendigkeit – angesichts allgemeiner geradezu hysterischer Feindseligkeit gegen alles, was nach intersystemarer Konvergenz aussah – der schärfsten Abgrenzung gerade gegen jene Ansätze, die den eigenen am ehesten nahekamen. Dies war keine aus der inneren Logik, sondern eine aus den politischen Wirkungsbedingungen geborne Notwendigkeit. Konkurrenz erwies sich keinesfalls als Befruchtung, sondern wurde lediglich als Schmutzkonkurrenz wahrgenommen und behandelt. – Die nichteingestandene, nicht öffentliche Rezeption westdeutscher Überlegungen wäre ein noch zu untersuchendes Feld.

Die Polemik nahm letztlich Zuflucht zu einer Argumentationsfigur, die man nun wirklich nicht anders als urstalinistisch bezeichnen kann: Derjenige außerhalb der kommunistischen Partei, der ihr inhaltlich am nächsten steht, ist ihr gefährlichster Feind und daher mit der größten Intensität zu bekämpfen und zuerst zu vernichten. Somit galten die westdeutschen Sozialhistoriker dem Osten nur als die besonders abgefeimten Apologeten des Monopolkapitalismus, weil sie – wie raffiniert – die eigene Gesellschaft zum Gegenstand kritischer Reflexion machten, sie aber nicht revolutionär in der Diktatur des Proletariats unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse auflösen wollten, sondern einer Integrationsthese anhängen,<sup>36</sup> d.h. die Einheit im Kampf der gegensätzlichen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft als zentral und lebbar ansahen, eine Einheit, in der sie als Citoyens durchaus auch Sympathien oder Parteinahme für einen Pol der Widersprüche vorweisen konnten. Die DDR-Historiker diskutierten in ihrem Fach nicht die wissenschaftliche Herausforderung der sozialhistorischen Konzepte der westdeutschen Kollegen, sondern reproduzierten für sich in scheinbar wissenschaftssprachlicher Form eine politische Wende, die ihre politische Partei, die SED, am Ende der sechziger Jahre in ihrem Verhältnis zur SPD in der Bundesrepublik vollzog. Aus außerordentlich vorsichtigen Versuchen der Etablie-

35 Immer wieder findet sich in den einschlägigen Publikationen von DDR-Historikern die Fußnote mit dem anklagenden Verweis auf Wehlers Bemerkung, daß ein »gewisser theoretischer Eklektizismus ... eher normal als die Ausnahme sein« werde. – Hans-Ulrich Wehler: Theorieprobleme der modernen deutschen Wirtschaftsgeschichte (1800–1945), in: Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Gerhard A. Ritter, Berlin 1970, S. 79.

36 Vgl. z.B. Walter Schmidt: in: Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD, hrsg. v. Gerhard Lozek u. a., 3., neu bearb. u. erw. Aufl., Berlin 1977, S. 54–63; derselbe: Zur historisch-politischen Konzeption des Heidelberger »Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte«, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 9(1967), S. 626–635.



rung eines rationalen, keineswegs freundschaftlichen, doch in der Frontstellung gegen die Positionen konservativer Deutschlandpolitik geborenen pragmatischen Verhältnisses spannungsgeladener Suche nach Kommunikationsebenen, die Ulbricht Mitte der sechziger Jahre anstellte, indem er dem Konzept des »Wandels durch Annäherung« wenigstens die im eigenen Interesse brauchbar erscheinenden Aspekte der Annäherung herauszulösen suchte, wurde eine Politik der Abgrenzung. Ulbrichts eigene Position war zu ambivalent, zu sehr auf den eigenen Machterhalt zentriert, als daß sie der Reaktion der Betonfraktion der SED-Führung hätte standhalten können, die Annäherung gar nicht anders als vollzogenen Wandel verstehen konnte. Sie war selbst entstellt von den Malen einer Einheits- und Volksfrontpolitik, die Einheits- wie Volksfront nur als Pokrustesbett begreifen konnte, in dem jede Umarmung zur Vergewaltigung verkam, jede vorsichtige Zurückhaltung als Beweis der Feindseligkeit. Die Reetablierung des Sozialdemokratismus als aktuellem Feind ging mit der Entmachtung Ulbrichts einher. Sie wurde im SED-Politbüro vom Chef der Zentralen Parteikontrollkommission, Hermann Matern, vorgetragen<sup>37</sup> und sprach Moskauer Phobien vor deutsch-deutscher, kommunistisch-sozialdemokratischer Annäherung aus dem Herzen. Daß dieser Art Phobien schmerzhaft waren, obwohl es sich um Phantomschmerzen handelte, bewies schließlich die umfangreiche Generalabrechnung mit dem Sozialdemokratismus,<sup>38</sup> die Herbert Wehner, der sicher am besten mit dem Innenleben kommunistischer Politik vertraute westdeutsche Sozialdemokrat, als »Leitplanke für SED-Kader« bezeichnete.<sup>39</sup> Wie ein roter Faden zieht sich durch die Polemiken gegen Sozialdemokratismus wie gegen die Regierung Brandt/Scheel der Gedanke, daß einerseits die Durchsetzung der Sozialdemokratie ebenso Eingeständnis des Scheiterns bisheriger antikommunistischer Politik konservativer Prägung sei wie der erfolgversprechendere Versuch des Eindringens und Aufweichens der kommunistischen Staaten.<sup>40</sup> Die Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre auch institutionell Form gewinnende historisch-kritische Sozialwissenschaft wurde überwiegend in diesem politischen Kontext gesehen und nicht im Kontext methodologischer Innovationen, die sie innerhalb der Geschichtswissenschaft herausforderte.<sup>41</sup> Uneingestanden wurden die Entwicklungen innerhalb der westdeutschen Historikerschaft mit einer Brille gelesen, die unterstellte, was die ostdeutsche praktizierte, nämlich Propagandaabteilung der Politik zu sein, in einer unmittelbaren Abhängigkeit von den jeweils vorherrschenden politischen Richtungen zu stehen, das denen entsprechende Geschichtsbild zu entwerfen, wie es sich für die SED-Genossen Historiker als politische Selbstverständlichkeit und Pflicht in der DDR gehörte.

Während von konservativer Seite gegen die historisch-kritische Sozialwissenschaft die produktive Rezeption von marxistischen Fragestellungen unter den Verdacht der Kommunismussympathie gestellt wurde, erhob die DDR-Geschichtswissenschaft die Anklage der politisch absichtsvollen Marxismusverfälschung. Die Durchsetzung der historisch-kritischen Sozialwissenschaft konnte weder durch die eine noch die andere Seite aufgehalten werden –

37 Hermann Matern:  
Zur Rolle der Sozialdemokratie in der Klassenauseinandersetzung auf deutschem Boden. Rede auf der 10. Tagung des ZK der SED, 28./29. April 1969, Berlin 1969.

38 Vgl. Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart, Berlin 1971. Das russische Original erschien ein Jahr zuvor in Moskau, die deutsche Fassung wurde vom Chef des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED persönlich herausgegeben.

39 Herbert Wehner:  
Leitplanke für SED-Kader. Grundsätzliches zur Auseinandersetzung der Kommunisten mit dem »Sozialdemokratismus«, in: Neue Gesellschaft, 18(1971), S. 453–462; vgl. Peter Christian Ludz: Die Ideologie des »Sozialdemokratismus« aus der Sicht der Kommunisten, in: Ebenda, 19 (1972), S. 358–363.

40 Vgl. Ideologie des Sozialdemokratismus, S. 5f.; Die Gespräche der Regierung mit der westdeutschen Bundesrepublik. Teil der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus auf deutschem Boden, in: Informationen, Berlin, 1970/5, Nr. 41, S. 3; Warum haben wir Bonn Verhandlungen angeboten, obwohl Westdeutschland vom aggressiven imperialistischen System in Westeuropa beherrscht wird und die Regierung Brandt/Scheel die alte revanchistische Politik gegen die DDR fortsetzt? In: Ebenda (Sonderausgabe ohne Nr., ohne Datum); Zu zwei Argumenten, in: Ebenda (Sonderausgabe ohne Nr., ohne Datum).



41 Günther Rose: »Industriegesellschaft« und Konvergenztheorie. Genesis. Strukturen. Funktionen, 2. überarb. u. erw. Aufl., Berlin 1974, S. 355–393; derselbe: Modernisierungstheorie und bürgerliche Sozialwissenschaften. Eine Studie zur bürgerlichen Gesellschaftstheorie und Geschichtsideologie der Gegenwart, Berlin 1981, 101–134; derselbe/ Gerhard Lozek: in: Unbewältigte Vergangenheit, S. 23–38; vgl. dagegen die im Tenor gewandelte Interpretation Gerhard Lozeks im nicht mehr erschienenen Band Geschichtsschreibung im 20. Jahrhundert. Neuzeit-Historiographie und Geschichtsdanken in Deutschland/BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, USA, hrsg. v. Gerhard Lozek und Hans Schleier, Berlin 1990, S. 113f.

ihre produktive Rezeption in der DDR allerdings in außerordentlich starkem Maße. Sie verzögerte sich vor allem auf den Gebieten der neueren und neuesten Geschichte um annähernd 10 bis 15 Jahre und kostete bis ins Jahr 1989 den gesellschaftskritischen Impuls, der ihr innewohnte. Es war eine faktische Allianz der konservativen Politik in Ost und West, die es zwar nicht vermochte, die sozialhistorische Strömung im Westen zu ersticken, ihr im Osten aber sehr wohl die politische, weil kritische Potenz zu rauben.

Die DDR-Historiker wachten bis zuletzt genauestens über das Bewußtseinsmonopol der SED, war es doch nicht nur Legitimierung der außerökonomischen Eingriffe der SED-Führung in die Gesellschaft, sondern zugleich immer auch Legitimierung der eigenen (unmittelbar) gesellschaftlichen Arbeit der Historiker wie Garantie ihrer politischen Stellung. Als Bewußtseinswächter der Macht der einen Partei haben sie sich bewährt, nur hat sich diese Macht nicht bewährt. Als Historiker haben sie am entscheidenden Punkt intellektueller Selbstdefinition: der kritischen Distanz zur Macht und der Kritik der Macht, versagt, nicht nur, weil sie sich nicht verhielten als Bürger eines Gemeinwesens, sondern auch indem sie die eigenen methodischen Überlegungen dort nicht ernst nahmen, wo es sich nicht um verfloßene Zeiten, sondern die eigene Existenz handelte.